

Beilage 834/2006 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, auf Grundlage der in der oberösterreichischen Landesverfassung formulierten Staatszielbestimmung, welche die Sicherung ausreichender Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, Vollbeschäftigung und eine leistungsfähige, nachhaltige und soziale Marktwirtschaft vorsieht, im Rahmen ihres politischen Wirkungsbereichs weitere Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu setzen und auf allen sonstigen politischen Ebenen, bei denen die Interessen Oberösterreichs vertreten werden, mit Nachdruck dafür einzutreten.

Begründung:

"Das Land Oberösterreich ist bestrebt, der Bevölkerung ausreichende Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu sichern, um das Ziel Vollbeschäftigung zu erreichen. Dem dienen insbesondere Maßnahmen zur Stärkung und Entfaltung einer leistungsfähigen, nachhaltigen und sozialen Marktwirtschaft, die Vorsorge für eine hochwertige Infrastruktur und die Förderung der Forschung." Die in Art. 11 Abs. 1 Öö. L-VG verankerte Verpflichtung des Landes Oberösterreich zur Setzung von Beschäftigungsmaßnahmen gewinnt angesichts der katastrophalen Arbeitsmarktdaten immer mehr an Bedeutung: Im Jänner waren in Österreich 326.747 Personen arbeitslos gemeldet, um 10.730 Personen (oder 3,4 Prozent) mehr als noch vor einem Jahr. Bemerkenswert ist, dass die Entwicklung in Österreich konträr zum restlichen Europa verläuft, denn von 2000 bis 2004 stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich viermal so stark wie im EU-Durchschnitt (Österreich: plus 21,6 Prozent; EU-15: plus 5,3 Prozent).

Die negative Entwicklung macht auch vor Oberösterreich nicht Halt, so lag hierzulande die Arbeitslosigkeit im Jänner ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau. Insgesamt waren in Oberösterreich 40.320 Personen arbeitslos gemeldet, um 1.753 (oder 4,5 Prozent) mehr als im Jänner des Vorjahres. Rechnet man die über 9.000 in Schulung befindlichen Personen dazu, erreichte auch in Oberösterreich die Zahl der arbeitssuchenden Menschen ihren absoluten Nachkriegsrekord. Besonders stark betroffen sind die älteren Arbeitnehmer/innen. Bei den über 50-Jährigen waren um 8,2 Prozent mehr arbeitslos als noch vor einem Jahr. Aufgrund der verschärften Pensionsregelungen sind diese Menschen besonders von Altersarmut betroffen. Trotz eines leichten Arbeitslosenrückgangs im Februar 2006 sind weiterhin 48.124 Menschen ohne Erwerbsarbeit.

Österreich hat als eines der wenigen europäischen Länder mit einer rückläufigen Beschäftigungsquote zu kämpfen. Während die Beschäftigungsquote bis Ende der 90er-Jahre kontinuierlich gestiegen war (1999: 68,8 Prozent), ging sie in der Folge bis 2004 auf 67,8 Prozent zurück - trotz des Anstiegs der absoluten Beschäftigtenzahlen. Dieser (scheinbare) Beschäftigungszuwachs ist nämlich vor allem auf die zunehmenden, sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung,...) zurückzuführen, welche in

überwiegendem Maße von Frauen ausgeübt werden. Für manche bietet Teilzeitarbeit die Möglichkeit, die Berufstätigkeit (zeitlich variabel) ihren Lebensbedürfnissen anzupassen. Die meisten Frauen haben aber, z.B. wegen mangelnder Vollzeitarbeitsplätze oder fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen, oft gar keine andere Chance, als reduzierte Erwerbsarbeit auszuüben, und sind daher besonders von schnellerem Verlust der Arbeit, geringeren Aufstiegschancen und niedrigeren Einkommen betroffen. Frauen verdienen in Österreich knapp ein Drittel weniger als Männer. In Oberösterreich ist - bei einer überdurchschnittlichen Teilzeitquote - der Einkommensnachteil der Frauen besonders groß. Selbst wenn nur die Einkommen von Vollzeitarbeit verglichen werden, beträgt der Einkommensnachteil oberösterreichischer Frauen mehr als 35 Prozent (und ist nur in Vorarlberg noch höher).

Dazu kommt, dass sich gegenüber 1995 in Österreich die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer/in um fast 3 Prozent verringert haben. Die sinkende Kaufkraft und die mangelnden Vollzeitjobs führen zu geringeren bzw. stagnierenden Sozialversicherungserträgen und Steuereinnahmen. Das Sozialsystem gerät ins Wanken, die finanziellen Spielräume der Länder und Gemeinden werden immer enger.

Zur Schaffung von Beschäftigung und Wohlstand sowie zum Erhalt der Kaufkraft der Bevölkerung muss Oberösterreich in seiner Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik noch offensiver den in seiner Staatszielbestimmung proklamierten Weg einer leistungsfähigen, nachhaltigen und sozialen Marktwirtschaft gehen. Dazu bedarf es auch eines verstärkten Engagements auf Bundes- und EU-Ebene und des Einsatzes für den Erhalt von industriellen Leitbetrieben und in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge am Standort Oberösterreich. Investitionen in die Infrastruktur haben eine große Multiplikatorwirkung auf die private Wirtschaft, weshalb beispielsweise Projekte in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung, für Versorgungseinrichtungen und Hochwasserschutz sowie zum Ausbau von Schiene und Straße - in Anbetracht der Verbesserungen des österreichischen Wirtschaftsstandorts vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung - rasch vorgezogen werden müssen. Österreich muss dringend durch eine spürbare steuerliche Entlastung der Klein- und Mittelverdiener/innen sowie der Klein- und Mittelunternehmen Wachstum und Beschäftigung fördern und für Bildung, Forschung und Entwicklung mehr Geld zur Verfügung stellen. Größeres Wachstum bedeutet außerdem höhere Einnahmen für Länder und Kommunen und bietet diesen in Folge mehr Spielraum für weitere Investitionen.

Die Sicherung ausreichender Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten auf Vollerwerbsbasis sowie steigende Realeinkommen müssen als Maxime des wirtschaftspolitischen Handelns gelten, um in Oberösterreich das verfassungsrechtlich verankerte Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen.

Linz, am 7. März 2006

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Röper-Kelmayr, Pilsner, Affenzeller, Prinz, Schmidt, Winterauer, Schenner, Eidenberger, Makor-Winkelbauer, Mühlböck, Lischka, Jahn, Bauer, Weichsler, Kapeller, Kraler, Schreiberhuber, Sulzbacher, Chansri, Öller